paperpress comment

Nr. 655-02 **2. November 2026** **51. Jahrgang**

Eine Überlegung wert

Heute beginnen die Koalitionsverhandlungen. Die Linke mahnt zur Eile. Das ist im Interesse aller, weil Übergangsregierungen keine Legitimation mehr haben. Dass die Linke **Vanessa Emde**, spätestens nach ihrem Auftritt vor den Türen des Parteitages am Samstag ausschließen muss, steht außer Frage. Und diese Frage bestimmt das weitere Schicksal der Stadt. Würde es der Linken nicht gelingen, sie aus der Fraktion zu nehmen, bräuchte erst gar nicht weiterverhandelt werden, denn **Steffen Krach** hat sich bei **Markus Lanz** unmissverständlich festgelegt.

„Der Fall Elif Eralp: Was wird aus Berlin?"

Das war der Titel des **Presseclubs** der **ARD** am Sonntag. Wir empfehlen Ihnen diese Sendung, in der der Leiter des Hauptstadtbüros des **Spiegel**, **Christoph Hickmann**, Stellung zu dem Vorgang der Veröffentlichung der Interview-Anmerkungen bezog. Zu den Teilnehmenden gehörte auch **Anna Lehmann** von der **taz**, die die fraglichen Anmerkungen nicht veröffentlicht hätte. Sie überraschte allerdings mit der Aussage, dass sie es für möglich halte, dass **Iris Spranger** Innensenatorin bliebe.

Nehmen wir einmal an, dass die Linke Frau Emde aus der Fraktion ausschließt und die Partei das überlebt. Die Pauschalisierung, mit der über die Linke hergefallen wird, missfällt mir. Es ist doch nicht so, dass Kontakte in die Clankriminalität und Antisemitismus in der Partei mehrheitsfähig sind und wir es hier mit linksextremen Monstern zu tun haben.

Was war 2002 in Berlin los, als **Klaus Wowereit** mit der Linken, die damals noch PDS hieß, eine Koalition einging und **Harald Wolf** Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen wurde, übrigens zehn Jahre lang. Wolf war Mitglied der Gruppe Internationale Marxisten und gehörte zum Kreis um die trotzkistische Zeitschrift *Commune! Revue des revolutionären Marxismus*, also ein Edelkommunist. Die Medien prognostizierten den Untergang der Berliner Wirtschaft, Investoren würden einen Bogen um Berlin machen, und so weiter und so weiter. Nichts von dem ist eingetroffen. Ja, das hört man immer wieder und stimmt auch, dass die Linken von früher eben nicht die Linken von heute sind. Die Sozialdemokraten von früher sind auch nicht die von heute, und das trifft auf jede Partei zu.

Wäre es nicht eine Überlegung wert, sich mal die Leute genauer anzuschauen, die gern die Stadt mitregieren möchten? Wie gesagt, mitregieren, es geht hier nicht um die Machtübernahme im Roten Rathaus, in dem auch zwei Bürgermeister von den Grünen und der SPD säßen. Es läuft doch alles auf RGR zu, und zwar in einem demokratischen Prozess, wir sind hier nicht in irgendeiner Bananenrepublik, obwohl unsere Straßen manchmal so aussehen.

Vor denen, die für die Linke im Senat sitzen werden, behaupte ich, muss niemand Angst haben, auch kein jüdischer Mitbürger.

Sollten die Koalitionsverhandlungen scheitern und die Mitglieder der drei Parteien nicht zustimmen, was allerdings nur bei der SPD geschehen könnte, muss der Blick auf die Alternative geschärft werden. Dass die Grünen eine Koalition mit der CDU ausgeschlossen haben, sagt gar nichts. Die Grünen sind so wild darauf, die Hoheit über die Radwege wieder zu erlangen, dass sie letztlich auch mit der CDU eine Koalition bilden würden. Der SPD ist der Koalitionspartner egal, Hauptsache, wie seit Menschengedenken, in der Regierung bleiben. Vermutlich so lange, bis die Fünf-Prozent-Hürde vor der Tür des Kurt-Schumacher-Hauses steht.

Es gibt übrigens nicht nur Kritiker der bevorstehenden Rot-Grün-Roten Koalition. **Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Berlin e.V.** teilte gestern mit, dass er das Sondierungspapier als gute Basis für einen sozial-ökologisch orientierten Koalitionsvertrag hält. Er hofft auf zügige Verhandlungen und fordert mehr Augenmerk auf den Naturschutz.

Gegen die mögliche Koalition machen vor allem Sozialdemokraten Front, ohne die Alternativen hinreichend auszuleuchten. **Sigmar Gabriel** und **Karl Lauterbach** sind die Erstunterzeichner eines Offenen Briefes mit dem Titel *„Nicht um jeden Preis*." Darin heißt es, *„Der Gang in die Opposition wäre keine Schande.*" Und dann? 500 Sozialdemokraten haben den Brief bereits online unterzeichnet, darunter auch **Franziska Giffey**. Unterschrieben haben auch Sozialdemokraten aus Hamburg, Kiel, Bonn, Chemnitz, Duisburg, Köln und Wolfenbüttel, die sich Sorgen um die Hauptstadt machen.

Flankiert wird der Offene Brief durch eine **Insa**-Umfrage von **Bild**. Demnach fänden es 52 Prozent der Befragten (eher) schlecht, dass SPD und Grüne mit der Linken regieren wollen. Knapp die Hälfte hält es zudem für falsch, dass Linken-Spitzenkandidatin **Elif Eralp** Regierende Bürgermeisterin werden will. Nur 32 Prozent der Unterzeichner sprechen sich für das Bündnis aus. Interessant ist, dass die Linke insgesamt nicht abgelehnt wird. Die Koalition in Mecklenburg-Vorpommern loben sie ausdrücklich. Zudem fürchten sie Folgen für die SPD bei den Landtagswahlen 2027 in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Schleswig-Holstein und im Saarland, daher weht also der Wind. *Quelle: Welt*

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.